



11 PUNKTE - DIE ZUKUNFT DER INDUSTRIE SICHERN

Industrie und Wohlstand

Die industrielle Wertschöpfung ist Quelle für Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland. Die kapitalintensive Industriearbeit zeichnet sich durch eine überdurchschnittliche Produktivität und eine gute Entlohnung der Beschäftigten aus. Beinahe ein Drittel, etwa **31 Prozent**, der deutschen Wertschöpfung wurde **2023 im industriellen Sektor** (incl. Bau) erzeugt. Dieser hohe Wertschöpfungsanteil wurde von knapp einem Viertel aller deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erzeugt, und sie bezogen **30 Prozent der gesamten deutschen Arbeitnehmerinkommen**.

Forderungen der IG Metall:

1. Die Erhaltung der industriellen Wertschöpfung Deutschlands sichert gut bezahlte Arbeitsplätze nicht nur in der Industrie, sondern auch in verbundenen Sektoren in Deutschland und in Europa. Damit werden Kaufkraft und Wohlstand insgesamt gesichert.
2. Die Krisen der vergangenen Jahre haben massive Abhängigkeiten offengelegt. Lieferketten müssen resilienter werden durch diversifizierte Bezugskanäle, Handelspartnerschaften und vor allem durch die Stärkung der inländischen industriellen Wertschöpfungskette.
3. Die industrielle Wertschöpfungskette in Deutschland weist im internationalen Vergleich ein geringes ökologisches Nachhaltigkeitsrisiko aus. Verbesserte Standortbedingungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette erhöhen perspektivisch die Wettbewerbsfähigkeit.

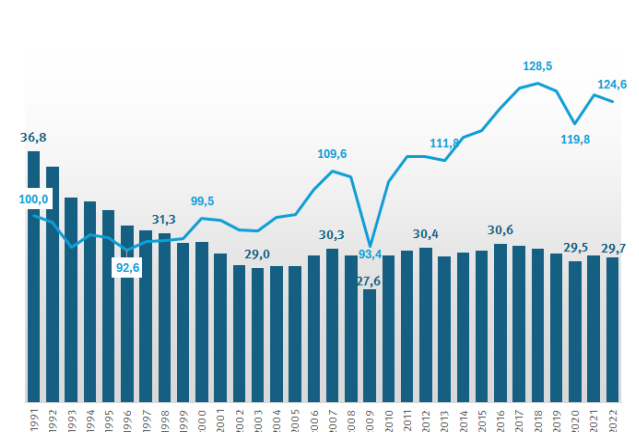
Allein auf die Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe (17 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) entfielen 22 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der effektive Stundenverdienst der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe lag im Jahr 2023 mit 38,3 Euro deutlich über dem deutschen Durchschnitt von 32,4 Euro (durchschnittliches 53.296 Euro, deutscher Durchschnitt: 42.211 Euro).

Vernetzte Wertschöpfungsketten

Über die direkte Wertschöpfung hinaus werden außerdem aufgrund intensiver Vorleistungsverflechtungen Einkommen und Beschäftigung insbesondere im Dienstleistungssektor gesichert. Schätzungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft für das Jahr 2019 ergaben, dass der Anteil der Verbundwertschöpfung aus der Nachfrage nach Dienstleistungen (ohne eigene Vorleistungen an die inländischen Dienstleister) durch die Verarbeitende Industrie etwa weitere 8,8 bis 11,5 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ausmacht.

Bruttowertschöpfung der Industrie in Deutschland

Anteil in Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung, Index Basis 1991 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Im internationalen Vergleich gehört **Deutschland** zu den Ländern mit den **höchsten industriellen Wertschöpfungsanteilen** des Verarbeitenden Gewerbes. Das gilt auch im europäischen Vergleich. Deutschland ist ein **industrielles Kraftzentrum in Europa** und das wirtschaftsstärkste Mitgliedsland in der Europäischen Union, gefolgt von Frankreich. Der industrielle Wertschöpfungsanteil Deutschlands ist dabei etwa doppelt so groß. Seit der Gründung der Europäischen Union und der Währungsunion hat die deutsche Industrie ein dichtes grenzüberschreitendes Wertschöpfungsgeflecht geknüpft und ist intensiv mit den anderen europäischen Mitgliedstaaten verbunden. Ein zunehmender Anteil deutscher Exporte enthält Vorprodukte aus anderen europäischen Ländern und sichert auch dort Wertschöpfung und Beschäftigung. Etwa 44 Prozent der ausländischen Vorleistungen und 39 Prozent der ausländischen Endnachfrage stammen aus der EU.

Welthandel

Die **deutsche Industrie konnte von der Liberalisierung der Weltmärkte profitieren** und sich im internationalen Wettbewerb behaupten. Nach einem spürbaren Rückgang im Zeitraum im Nachgang der deutschen Vereinigung liegt der industrielle Wertschöpfungsanteil seit beinahe 25 Jahren stabil bei etwa 30 Prozent. Doch seit der Finanzkrise 2009 und mit der Amtsübernahme von Donald Trump 2018 ist der **Globalisierungsmotor ins Stottern geraten**.

Durch den zunehmenden Protektionismus und die erstickende Konkurrenz von Schwellenländern, insbesondere **Chinas**, gerät das **deutsche exportbasierte Erfolgsmodell massiv unter Druck**. Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie und dem Angriffskrieg Russlands gegenüber der Ukraine sowie den anschließenden Sanktionen und Boykotten wurde die Instabilität der globalen Wertschöpfungsketten, die Abhängigkeit von billiger fossiler Energie sowie medizinischen und elektronischen Vorprodukten sichtbar. **Lieferketten rissen**, die **Energiepreise explodierten**, die industrielle Produktion wurde heruntergefahren.

Resiliente globale Lieferketten verlangen nach Diversifizierung der Bezugskanäle, internationalen Partnerschaften, aber auch die Stärkung der inländischen Wertschöpfungskette. Um **weniger abhängig von fossilen Energieträgern zu werden, muss das selbstgewählte Ziel der Klimaneutralität Deutschlands bis 2045 entschlossen vorangetrieben werden**. Neben dem beschleunigten Ausbau regenerativer Energie und massiven Investitionen in die Energieversorgungs-Infrastruktur muss die inländische Wertschöpfung entlang der gesamten Wertschöpfungskette gesichert werden, um strukturelle Brüche zu verhindern.

Unsere Branchen

Branchen wie **Maschinenbau, Chemie oder Stahl** erzeugen die **Produkte**, die für die **Energiewende** gebraucht werden. Hier werden die klimafreundlichen **Produkte und Verfahren von morgen** entwickelt. Eine vollständige inländische industrielle Wertschöpfungskette über Branchen und Unternehmensbereiche wie Forschung und Entwicklung, Produktion bis zum Recycling macht uns **weniger abhängig** und sichert auch in **Zukunft gute industrielle Arbeitsplätze**.

Ein wichtiges Element in der deutschen industriellen **Wertschöpfungskette** sind auch energieintensive Branchen, wie etwa die **Stahlindustrie**. Zu ihren Hauptabnehmerbranchen gehört vor allem die **Bauindustrie**, gefolgt von der **Automobilindustrie**, der Herstellung von **Metallerzeugnissen** und dem **Maschinenbau**. Die Herstellung von Stahl in Deutschland ist bereits jetzt schon im internationalen Vergleich **weniger CO2-intensiv**.

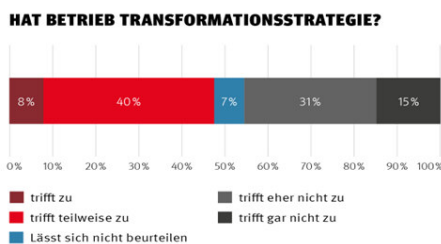
Die Stärkung der Standortbedingungen für in Deutschland hergestelltem grünem Stahl unter Nutzung der Wasserstofftechnologie trägt perspektivisch dazu bei, dass immer bessere Emissionswerte auch in den Abnehmerbranchen erzielt werden. Damit wird die **Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Wertschöpfungskette in Deutschland insgesamt gestärkt** wird, denn in Zukunft wird der **ökologischen Nachhaltigkeit** der Lieferketten ein immer stärkeres Gewicht beigemessen.



11 PUNKTE - BEKENNTNIS ZUM STANDORT

Standortkritik oft Ablenkungsmanöver

Die IG Metall fordert ein Bekenntnis der Arbeitgeber zum Standort Deutschland – mit mutigen **Investitionen und Standortzusagen**. Richtig ist: Es muss **staatliche Investitionen in Infrastrukturen und günstigere Energiepreise** geben. Deshalb fordern wir mit Nachdruck die Einführung eines Industriestrompreises für die energieintensiven Branchen. Doch das öffentliche Wehklagen der Arbeitgeber über die Standortbedingungen hat auch was von Verantwortungs-Verschiebepolitik: Statt selbst mutig zu investieren und den Weg für einen nachhaltigen Industriestandort zu bereiten, verlagern und drohen Unternehmen mit Abwanderung. Zur Wahrheit gehört: **Viele Unternehmen stolpern ohne Strategie in die Transformation**. Verlagerungen in vermeintlich günstigere Standorte sind oft kurzsichtig und helfen wenig dabei, eine Perspektive für das Unternehmen zu schaffen.



Antwort auf: Hat Betrieb Transformationsstrategie?

Standortvorteil in der Transformation

Deutschland hat unter den großen Wirtschaftsnationen weiter einen besonders starken Industriesektor – das ist ein Vorteil in der Transformation und hat Gründe:

- ▶ Die **Beschäftigten in Deutschland** sind exzellent ausgebildet. Universitäten, Hochschulen und das duale Ausbildungssystem sind in der Lage, neue Arbeitskräfte rasch zu integrieren und neue Berufsbilder systematisch zu etablieren.
- ▶ Zahlreiche Studien belegen, dass die **Mitbestimmung** hilft, betriebliche Konflikte zu moderieren.

- ▶ Gerade in der Transformation spielen Betriebsräte eine Schlüsselrolle dabei, mit Betriebsleitung und Beschäftigten gemeinsam neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.
- ▶ Bei der Transformation hin zu einem nachhaltigen Industriemodell muss Deutschland **eine Vorreiterrolle einnehmen**. Kaum ein Land verfügt über eine vergleichbare industrielle Basis, die finanziellen Möglichkeiten und das Know-how, um nachhaltige industrielle Wertschöpfung zu etablieren.

Vermeintliche Nachteile des Standorts

Immer wieder ist von einer „Deindustrialisierung“ Deutschlands zu hören – die Steuern seien zu hoch, die Menschen zu wenig leistungsbereit, die Bürokratie erdrückend. Die Punkte sind aber irreführend:

- ▶ Die Zahl der in Deutschland insgesamt **gearbeiteten Stunden** liegt auf einem historischen Höchststand (Bezug 2023) – von fehlender Leistungsbereitschaft kann keine Rede sein.
- ▶ Die **effektive Steuerbelastung** von Unternehmen in Deutschland liegt auf einem ähnlichen Niveau wie z. B. in den USA oder Frankreich.
- ▶ „Bürokratie“ besteht, Fakt aber ist, dass die **Genehmigungsverfahren** z. B. im Netzausbau zuletzt deutlich kürzer geworden sind.

Für die gegenwärtige wirtschaftliche Schwäche gibt es zahlreiche Gründe, die in der öffentlichen Debatte oft untergehen: Die hohen Zinsen der Europäischen Zentralbank drosseln das Investitionsgeschehen, die Inflation hat den Konsum geschwächt, die hohen Energiepreise belasten die Industrie. Umso wichtiger ist, dass die Bundesregierung nun einen entschlossenen Investitionsimpuls setzt!



11 PUNKTE – FÜR MORGEN INVESTIEREN

Anschubfinanzierung für die Transformation

Der Umbau unserer Industrien ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Klimaneutralität ist allerdings nur möglich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen: Als Verbraucher*innen sind wir z. B. darauf angewiesen, dass die Ladeinfrastruktur für E-Autos steht und der ÖPNV gut ausgebaut ist. Betriebe wiederum sind darauf angewiesen, dass grüner Strom zu konkurrenzfähigen Preisen verfügbar ist. Im Kern geht es bei den notwendigen öffentlichen Investitionen deshalb um eine Art Anschubfinanzierung. Die IG Metall fordert dafür eine öffentliche **Investitionsoffensive**: Allein für die Investitionsbedarfe in öffentliche Infrastrukturen braucht es über die **nächsten 10 Jahre** ein Volumen von **über 600 Mrd. EUR – zusätzlich** zu den bisherigen Planungen.

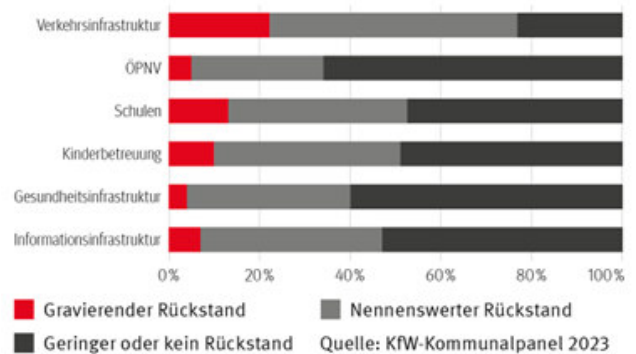
Warum die IG Metall mehr Investitionen fordert

Neben einer Investitionsoffensive braucht es natürlich noch eine Reihe weiterer Maßnahmen (u. a. bessere Rahmenbedingungen und eine andere Steuerpolitik). Öffentliche Investitionen spielen aber aus den folgenden Gründen eine Schlüsselrolle:

- ▶ Der Staat hat in den letzten Jahrzehnten deutlich **zu wenig in die Infrastruktur investiert** (s. Abbildung unten). Das merken wir täglich, wenn die Bahn verspätet ist oder unsere Kinder in maroden Schulen unterrichtet werden.
- ▶ In den letzten Jahren haben auch die **Betriebe in Deutschland deutlich zu wenig in ihren Kapitalstock investiert**. Dies liegt auch an fehlenden Infrastrukturen für nachhaltige Geschäftsmodelle. Eine öffentliche Investitionsoffensive würde diese Infrastrukturen schaffen, einen Wachstumsimpuls setzen und damit auch private Investitionen nach sich ziehen.

- ▶ Betriebe wiederum investieren nur dann mit voller Kraft in nachhaltige Geschäftsmodelle, wenn sich das lohnt – die **Geschäftsmodelle also rentabel sind**. In vielen Bereichen braucht es dafür noch staatliche Förderungen, in und für Phasen des Übergangs.

INVESTITIONSRÜCKSTÄNDE KOMMUNEN



Anteil Kommunen mit Investitionsrückständen

Investitionsvolumen in Infrastrukturen

Die Investitionsbedarfe erstrecken sich über unterschiedliche Gebiete. Sie umfassen Investitionen in klassische Infrastrukturen wie Straßen, Schulgebäude oder Schienen. Zusätzlich geht es aber auch um den Ausbau von neuen Infrastrukturen wie z. B. für Lade-strom oder Wasserstoff. Das arbeitgebernahe IW-Köln und das IMK der Hans-Böckler-Stiftung haben im Mai dieses Jahres die Investitionsbedarfe in die öffentlichen Infrastrukturen abgeschätzt und kommen auf insgesamt etwa 600 Mrd. EUR in den kommenden 10 Jahren (s. folgende Tabelle) – zusätzlich zu den bisher von der Bundesregierung geplanten.

Investition in Infrastruktur	Bedarf in Mrd. EUR
Kommunale Infrastrukturen (u. a. ÖPNV und Straßen)	205,7
Bildung	41,4
Wohnungsbau (staatl. Teil)	36,8
Schienennetz und Fernstraßen	98,5
Klimaschutz und Klimaanpassung	213,2
SUMME	595,7

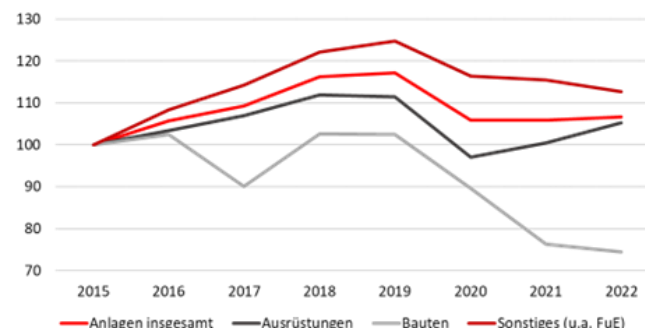
Geld für die Dekarbonisierung der Industrie

Die 600 Mrd. EUR leiten sich also aus **Investitionen in klassische Infrastrukturen** ab. Die Zahl ist jedoch nur als untere Schwelle für das eigentlich nötige Investitionsvolumen zu verstehen. Denn: **Zusätzlich muss der Staat noch die Dekarbonisierung der Industrie** mit Mitteln unterstützen – auch hier passierte zuletzt zu wenig. Zum Beispiel mit den folgenden **Instrumenten**:

- ▶ Mitunter sind nachhaltige Geschäftsmodelle noch nicht rentabel, weil konventionell hergestellte Güter noch günstiger sind. **Grüne Quoten, Differenzverträge und Leitmärkte** können Betrieben hier nachhaltige Absatzmärkte schaffen.
- ▶ Die Industrie investiert schon seit Jahren zu wenig in nachhaltige Technologien (s. Abbildung). Der Staat sollte **Anreize für transformative Investitionen** schaffen, z. B. mit einer Investitionsprämie oder verbesserten Abschreibungsregeln.
- ▶ Bestimmte Technologien sollten wir hier vor Ort herstellen, um unabhängig von Lieferketten und internationalen Krisen zu sein. Auch dafür braucht es **Anschubfinanzierungen**.

Schätzungen gehen davon aus, dass für diese industriepolitischen Bereiche mindestens weitere 100 Mrd. EUR öffentlicher Mittel für die nächsten 10 Jahre notwendig sind. Diese Art von **Unterstützung sollte stets verknüpft sein mit den Kriterien guter Arbeit** sowie mit **Beschäftigungssicherung vor Ort**.

Bruttoanlageinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Destatis, eigene Darstellung, 2015=100%



Gegenargumente? Die FDP steht allein

Mit der Forderung nach einer Investitionsoffensive steht die **IG Metall nicht allein** – im Gegenteil: Zahlreiche **NGOs und Sozialverbände** fordern ein solches Investitionspaket, zuletzt hat sogar der **BDI** ein umfangreiches kreditfinanziertes Investitionspaket von der Bundesregierung gefordert. In der Bundesregierung sperrt sich allerdings weiterhin die **FDP** gegen umfassende kreditfinanzierte Investitionen – und blockiert damit die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, die auch sie prinzipiell unterstützt. Letztlich stellt niemand die Investitionsbedarfe infrage – Uneinigkeit besteht aber im Hinblick auf die Finanzierung (s. Faktenblatt zur Finanzierung).

Forderungen der IG Metall

Staatliche Investitionen für öffentliche Infrastrukturen in Höhe von mindestens 600 Mrd. in den kommenden 10 Jahren:

- in z. B. Straßen, Schienen, Schulen, den Ausbau von Energie-, Lade – und Wasserstoffnetzen.
- **Zusätzlich: Anschubfinanzierung in die Dekarbonisierung der Industrie, z. B. in Form von Investitionsprämien, Leitmärkten oder in Form verbesserter Abschreibungsmöglichkeiten.**



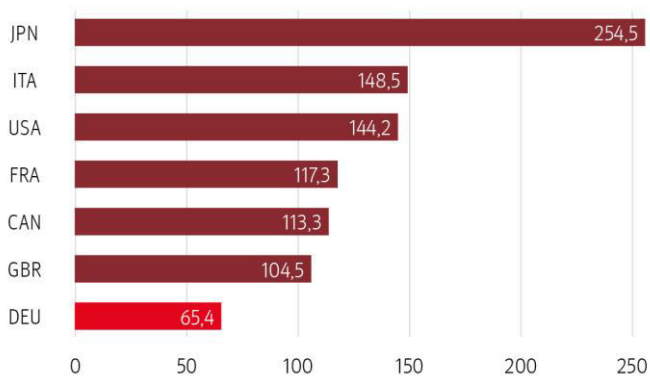
11 PUNKTE – MEHR SPIELRAUM UND GERECHTIGKEIT BEI DER FINANZIERUNG

Wir brauchen einen starken Staat, der in unsere Zukunft und in die Wirtschaft investiert und so die Grundlagen für künftigen Wohlstand schafft. Es darf **kein starres Festhalten an Verschuldungsregeln** geben, wenn damit zentrale Zukunftsinvestitionen ausgebremst werden. Die Politik muss mehr Gewicht auf die Sicherung von guter Arbeit in der Transformation legen – und allein deshalb auch auf mehr Sicherheit und Gerechtigkeit in der Finanzierung der notwendigen Investitionen.

Investitionsorientierte Reform der Schuldenbremse

Bei **einmaligen Investitionen** z. B. in die Schiene, in Datennetze oder die Energieinfrastruktur sprechen gute Gründe für eine **Kreditfinanzierung**: Von diesen Zukunftsinvestitionen profitieren insbesondere auch künftige Generationen, die im Gegenzug auch an der Finanzierung beteiligt werden können.

STAATSSCHULDENQUOTE G7-STAATEN



Schuldenstand in % des BIP in 2022; Quelle: OECD

Das Problem: Die im Grundgesetz verankerte **Schuldenbremse** schreibt vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ausgeglichen sein müssen („schwarze Null“). Nur bei schlechter Konjunktur darf

der Bund bis zu 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Kredite aufnehmen. Weitergehende Schulden sind nur in außergewöhnlichen „Notlagen“ erlaubt. Die Schuldenbremse engt so den finanziellen Spielraum des Staates für zentrale Zukunftsinvestitionen erheblich ein, obwohl **Deutschland** im Vergleich der großen Industrienationen die mit **Abstand geringste Staatschuldenquote ausweist** (siehe Abbildung links).

Mittlerweile nimmt der öffentliche Druck auf die Regierung zu, transformative Investitionen verstärkt durch Kredite zu finanzieren. So gibt es unterschiedliche Reformvorschläge für die Schuldenbremse:

- Im Zentrum der Forderung nach einer umfassenden Reform der Schuldenbremse steht die sogenannte **goldene Regel: Danach sollen Investitionsausgaben nicht unter die Schuldenbremse fallen**. Öffentliche Investitionen werfen mittelfristig i. d. R. gesamtgesellschaftliche Erträge ab und finanzieren sich über Wachstumseffekte zu einem guten Teil selbst. In diesem Sinne ist eine vollständige Kreditfinanzierung von Investitionen ökonomisch sinnvoll.
- Eine **Anhebung der gesetzlichen Neuverschuldungsgrenze** von 0,35 auf 1,5 % des BIP würde der Regierung pro Jahr etwa 47 Mrd. EUR mehr zur Verfügung stellen. Für die bisherige Schwelle fehlt eine ökonomische Begründung. Die neue Schwelle wäre so gewählt, dass der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP durch das erwartete Wachstum langfristig nicht steigen und ggf. sogar weiter sinken würde. Und sie würde künftig verhindern, dass sich Deutschland stärker einschränkt, als es die reformierten EU-Fiskalregeln vorschreiben.

- Da die Bekämpfung von Krisen im Regelfall mehrere Jahre dauert, sollte es auch möglich sein, dass der Staat zur Krisenbekämpfung die **Kreditaufnahme über mehrere Jahre** strecken darf, die Notlage also „ausläuft“.

All diese Vorschläge eint, dass sie **eine 2/3-Mehrheit im Parlament** erfordern. Die Ampel-Regierung wäre also auf die Zustimmung der Union angewiesen. Daneben sind auch kleinere Anpassungen des Verschuldungsrahmens mit einfacher parlamentarischer Mehrheit denkbar: eine alternative Berechnung der „Normallage“, ein Deutschlandfonds für Eigenkapitalbeteiligungen an Unternehmen mit Innovationsausrichtung oder ein großer Darlehensfonds mit günstigen Krediten für zusätzliche Klimaschutzinvestitionen. Das bleiben aber Teil- bzw. Zwischenlösungen. **Umso wichtiger: eine echte Reform der Schuldenbremse.**

Sondervermögen „Transformation“

Derzeit wird auch über die Einführung eines **Sondervermögens für die Transformation** als Alternative für eine zeitnahe Reform der Schuldenbremse diskutiert. Ein solches Sondervermögen könnte nach Machart des Sondervermögens für die Bundeswehr über eine **2/3-Mehrheit im Bundestag im Grundgesetz** verankert werden und fiel damit nicht unter die Schuldenbremse. Der Vorteil: Einmal eingerichtet wäre das Sondervermögen in den Folgejahren verlässlich und zielgerichtet für zentrale Transformationsfelder verfügbar und könnte die Planbarkeit herstellen, die in der gegenwärtigen Sparpolitik gänzlich fehlt.

Gerechtere Steuerpolitik

Die Bundesregierung belastet mit ihrer jüngsten Sparpolitik breite gesellschaftliche Schichten und dabei auch viele Personen mit wenig Einkommen. Zugleich **leistet sich Deutschland weiterhin umfangreiche Steuerprivilegien für Reiche**. Spitzenverdiener*innen werden in vielen anderen Ländern deutlich höher belastet, für Hochvermögende ist Deutschland ein echtes Niedrigsteuerland. **Die FDP sperrt sich jedoch weiter gegen eine nachhaltige und gerechte Steuerpolitik.**

Höhere Steuereinnahmen könnten Spielraum für wichtige Investitionen schaffen. Aus ökonomischer Sicht wäre es zudem naheliegend, zumindest die erhöhten laufenden Ausgaben in der Transformation (z.B. Personalausgaben für Qualifizierung) durch laufende Einnahmen zu finanzieren – also durch Steuererhöhungen.

Das [Steuerkonzept des DGB](#) macht präzise Vorschläge, wie die Handlungsfähigkeit des Staates gestärkt und zugleich mehr Steuergerechtigkeit zu erzielen wäre: Mit einem deutlich **fairer gestalteten Einkommenssteuertarif** (höherer Grundfreibetrag und höherer Spitzensteuersatz für tatsächliche Spitzenverdiener) könnten **95 Prozent der Steuerpflichtigen entlastet werden**. Steuermehreinnahmen ließen sich parallel durch eine Abschaffung der reduzierten Besteuerung von Kapitaleinkommen erzielen. Zudem könnte eine Vermögenssteuer für Millionäre und Milliardäre ein Plus von rund 28 Milliarden Euro jährlich ermöglichen.

Forderungen der IG Metall

Die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form ist eine Zukunftsbremse! Notwendig ist eine Abkehr von der schwarzen Null. Wir brauchen eine mutige Investitionspolitik, die den Herausforderungen der Zeit gewachsen ist. Daher fordern wir:

- Eine investitionsfreundliche Reform der Schuldenbremse. Zentral ist dabei eine neue Goldene Regel für alle Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen.
- Ein Sondervermögen für die Transformation, zielgerichtet für die Dekarbonisierung der Wirtschaft.
- Auch steuerpolitische Instrumente müssen in den Blick genommen werden (v. a. Vermögenssteuer / Vermögensabgabe).



11 PUNKTE - FÖRDERUNG BRAUCHT GEGENLEISTUNG

Förderung nicht ohne Bedingungen

Vielfache Krisen belasten derzeit die Industrie. All diese Belastungen kann der Markt alleine nicht bewältigen. Staatliche Eingriffe sind notwendig. Dazu gehören öffentliche Förderungen. **Wer Förderung will, muss Regeln einhalten.** Wir wollen, dass der Staat Schlüsselprodukte und -technologien gezielt fördert. Wir akzeptieren aber nicht, dass öffentliche Förderung aus unseren Steuergeldern ohne Bedingungen fließt.

Forderungen der IG Metall:

1. Unternehmen erwirtschaften in der Regel Gewinne. Damit sollten sie normalerweise wie Beschäftigte Arbeitnehmer*innen über Steuern einen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten und nicht noch von diesem unterstützt werden. In bestimmten Fällen ist eine solche Förderung aber sinnvoll und notwendig. Öffentliche Förderungen sind aber an Bedingungen zu knüpfen!

2. Steuergeld wird nicht verschenkt. Wer eine Förderung bekommt, muss im Gegenzug Arbeitsplätze erhalten und gute Arbeit bieten. Dazu gehören Tarifbindung, Standort- und Beschäftigungssicherung, Weiterbildung und Ausbildungsplätze!

3. Wir brauchen europäische Vorschriften für höhere regionale Wertschöpfungsanteile. Das wären effektive Maßnahmen gegen Verlagerung.

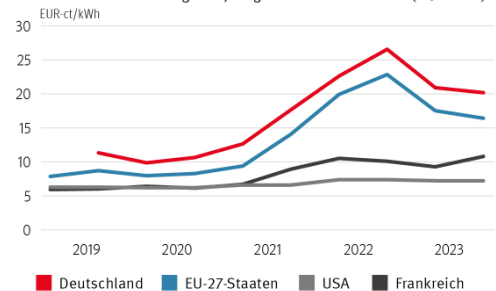
Notwendig wird eine Förderung beispielsweise aus **Gründen der Wettbewerbsfähigkeit.** Der Industriestrompreis war in Deutschland stark angestiegen. Schon 2023 ging er zwar wieder zurück, lag aber weit über den Werten in vergleichbaren Ländern. In diesem Jahr ist zwar vor allem der Börsenstrompreis weiter gesunken, aber die notwendigen Investitionen in Netzinfrastruktur droht die Strompreise längerfristig zu belasten.

Wettbewerbsfähigkeit leidet

Unter diesen Bedingungen ist die energieintensive Industrie nicht mehr wettbewerbsfähig. Die IG Metall fordert deshalb einen Brückenstrompreis, bei dem durch öffentliche Förderung der Industriestrompreis auf ein niedrigeres Niveau heruntersubventioniert wird.

INDUSTRIESTROMPREISE

Inklusive Steuern und Abgaben, für gewerbliche Abnehmer (>150 GWh)



Quelle: Eurostat; U.S. Energy Information Administration (EIA)

Dafür braucht es harte Förderkriterien. Die **Unternehmen müssen Pläne für die Transformation in nachhaltige Produkte und Prozesse vorlegen. Die Standorte und die Beschäftigung müssen garantiert werden.** Tarifbindung und Vereinbarungen zu Aus- und Weiterbildung an den Standorten müssen eingehalten werden.

Öffentliche Förderung benötigt auch der unmittelbare Ausbau von nachhaltiger Produktion. Der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur, die auf grünem Wasserstoff basiert, und der Umbau der Produktionssysteme auf die Nutzung dieses Wasserstoffs (etwa in der Stahlindustrie) erfordert große Investitionen. Die Finanzierung dieser Investitionen lässt sich nicht über Marktpreise realisieren. **Grüne Produktion ist zunächst teurer als konventionelle Fertigung.** Die Produkteigenschaften sind aber die gleichen. Solche Produkte wären also nicht wettbewerbsfähig. Da muss der Staat einspringen.

Wichtig auch für Neuansiedlungen

Auch die Ansiedlung strategischer Zukunftsindustrien erfolgt nicht im Selbstlauf. Die **hohen Subventionen** für neue Chip-Fabriken in Magdeburg und Dresden haben die öffentliche Debatte befeuert. Die Chip-Industrie ist hoch profitabel und benötigt eigentlich keine öffentlichen Gelder. Aber unter den Bedingungen eines internationalen Subventionswettkampfs, wo beispielsweise die USA mit dem Inflation Reduction Act und dem Chip Act solche Ansiedlungen massiv fördert, gibt es **ohne eigene Subventionen keine Ansiedlung.** Dabei braucht ein leistungsfähiger Industriestandort solche Zukunftstechnologien. Umso wichtiger ist es, dass diese **Förderung auch an Bedingungen geknüpft ist.**

Der gesetzliche Rahmen muss langfristig die Bedingungen für Förderung definieren: Wir brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

Aber nicht nur der Staat ist gefragt. Auch die Gewerkschaften haben geeignete Instrumente: **Zukunftstarifverträge und Betriebsvereinbarungen.** Nur so landet unser Steuergeld dort, wo es hingehört! Rund die Hälfte der Unternehmen investiert derzeit zu wenig in ihre Standorte. Investitionen in neue Produktionsanlagen, Forschungseinrichtungen oder IT finden oft eher im Ausland statt. Das muss sich ändern, ganz besonders, wenn sie öffentlich gefördert werden! **Wer besondere Leistungen von der Gesellschaft empfängt, soll ihr auch etwas zurückgeben. Knappe Steuergelder dürfen nicht verschenkt werden.**

Die europäische Ebene

Auch auf der europäischen Ebene gibt es Handlungsbedarf: Wir brauchen europäische Vorschriften für höhere regionale Wertschöpfungsanteile. Dafür muss das europäische Beihilferecht grundlegend reformiert werden. Die EU versucht derzeit mit dem Net-Zero Industry Act geeignete Kriterien zu finden, um bei Ausschreibungen heimische Mitbewerber wirksam zu unterstützen. In heute noch wirtschaftlich starken Regionen muss eine gezielte Förderung für den Erhalt industrieller Strukturen möglich sein.

Förderung nur gegen Tarifbindung, Standort- und Beschäftigungssicherung, Weiterbildung und Ausbildungsplätze! **Es kann nicht sein, dass Unternehmen Subventionen einstreichen und dann Arbeitsplätze abbauen oder verlagern und an anderen Standorten investieren.** Langfristig profitieren zudem auch die Unternehmen von den Maßnahmen.





11 PUNKTE – DIE MOBILITÄTSWENDE MASSIV BESCHLEUNIGEN

Mobilitätswende jetzt: Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie liegt in der Elektromobilität

Die Mobilitätswende ist ein zentraler Pfad im Wandel der deutschen Industrie. Sie folgt den beiden großen Megatrends Dekarbonisierung und Digitalisierung („Twin Transformation“) und findet in einem hart umkämpften internationalen Wettbewerbsumfeld statt. Die deutsche Mobilitätswirtschaft, insbesondere die Automobilindustrie, muss sich auf diesen Wandel einstellen, sonst drohen Wohlstands- und Beschäftigungsverluste.

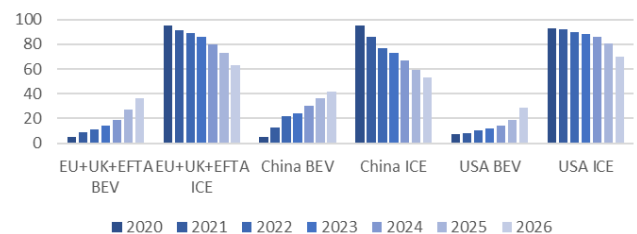
Die Bedeutung der Automobilindustrie

Von zentraler Bedeutung für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft ist der Wandel der **Automobilindustrie hin zu klimafreundlichen Antriebsformen** und zum softwarebasierten Auto. Nach anfänglichem Zögern haben deutsche Hersteller und Zulieferer in den **vergangenen Jahren hohe Investitionen** getätigt. **Batterieelektrische Mobilität hat sich dabei als der zentrale Weg** in eine klimafreundliche individuelle Mobilität der Zukunft durchgesetzt.

Herausforderungen und Wettbewerb

Während der Hochlauf der Elektromobilität in Deutschland stockt, wächst sie in den wichtigsten internationalen Märkten weiter. Der Wettbewerb mit Tesla und asiatischen Herstellern verschärft sich.

Entwicklung und aktuelle Prognose Marktanteil batterieelektrische Fahrzeuge (BEV) und Verbrennerfahrzeuge (ICE)



Populistische Forderungen wie die **Aufhebung der Flottengrenzwertregulierung** und die **Rücknahme des Enddatums für Verbrennungsmotoren im Jahr 2035** würden den **Fortschritt zunichtemachen. Auch wenn Verbrennungsmotoren noch gebraucht werden, um heute Gewinne zu sichern, liegt die Zukunft im batterieelektrischen Fahrzeug.**

Vorteile der Elektromobilität

E-Autos sind **energieeffizienter** und **kostengünstiger** als Fahrzeuge, die mit E-Fuels oder Wasserstoff betrieben werden. Ihr **Anteil an den Neuwagen wächst international rapide**. Die deutsche Automobilindustrie muss im Wettbewerb jetzt durchhalten und darf nicht nachlassen. Wir brauchen keine weitere Verunsicherung. Die Diskussion der vergangenen Monate verhindert schon jetzt Investitionen und gefährdet Sicherheit im Wandel! Investitionen in Batteriezellfertigung werden zurückgestellt, Zukunftsprodukte bei Zulieferunternehmen laufen nicht an, umgestellte Werke sind nicht ausgelastet.

Dringende Maßnahmen erforderlich

Die Unternehmen haben **Milliarden in die Elektromobilität investiert**. Ein Zick-Zack-Kurs gefährdet die Arbeitsplätze der Branche massiv. So geraten zum Beispiel die Volkswagen Standorte in Emden und Zwickau aktuell in große Schwierigkeiten. Von den Unternehmen brauchen wir eine mutige Modellpolitik und **bezahlbare E-Autos**. Die Politik muss klare Orientierung bieten und den Kurs auch aktiv unterstützen. Sie muss jetzt mehr tun, um die notwendigen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für den Hochlauf der Elektromobilität zu schaffen!

Forderungen der IG Metall

- Den Wandel in der Automobilindustrie fair gestalten. Arbeitsplätze in der Industrie sichern.
- Erschwingliche Elektrofahrzeuge für Menschen mit normalem Einkommen.
- Schnellerer Ausbau von Ladepunkten an Tankstellen, Lade-Hubs, Mietwohngebäuden, am Arbeitsplatz und im Handel.
- Mehr E- Autos in Unternehmensflotten und bei Leasinganbietern durch Quoten und steuerliche Anreize.
- Steuerliche Vergünstigung des Ladestroms.
- Weitere Förderung neuer Batteriezellfertigung durch die EU.
- Sicherung der kritischen Rohstoffe der Elektromobilität, auch durch Recycling.

Unterstützung für den Übergang

Wir brauchen im Übergang eine Kaufprämie für Logistik-Unternehmen bei der Anschaffung klimafreundlicher **Elektro-LKW**. Auch im Nutzfahrzeugbereich ist politische Unterstützung notwendig, auf der **langen Strecke auch für die Wasserstoff-Brennstoffzelle** und im Bereich der **Spezialfahrzeuge** auch für den **Wasserstoff-Verbrennungsmotor**.

Einkommensschwache Haushalte sollen **Unterstützung beim Leasing** von Elektroautos erhalten. Staatliche Fördermaßnahmen müssen grundsätzlich für alle Marken gelten – aber nur für **Modelle, die zu großen Anteilen in Europa gefertigt werden** (siehe Faktenblatt 5).

Mobilität neu denken

Die Mobilitätswende ist aber **mehr als die Antriebswechsel** beim Automobil: Mobilität bedeutet die bestmögliche **Kombination von Auto, Bus, Bahn** und anderen Verkehrsmitteln – sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Deutlich höhere Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und das Schienennetz sind von zentraler Bedeutung.



11 PUNKTE – DIE ENERGIEWENDE VORANTREIBEN

Klimawandel ist bei uns angekommen

Der Klimawandel schreitet voran: nach den Hitzesommern und dem Ahrtal kommt es nicht nur bei Hausbesitzern auch hierzulande an, dass Extremwetterereignisse zunehmen und das Leben auch in Mitteleuropa verändern. Die Verantwortung der Treibhausgasemissionen, die durch unsere Wirtschaftsprozesse emittiert werden, ist hinlänglich bewiesen. Auch wenn das 1,5 Grad Ziel von Paris kaum noch zu halten ist: **jede Tonne weniger Emission, jedes Zehntel Grad weniger globale Erwärmung bedeutet eine bessere Zukunft für uns und unsere Kinder**, weniger Kosten für die Reparatur von Klimaschäden und weniger Fluchtbewegung in der Welt. Ein Schlüssel zur Minderung der THG Emissionen ist die Energiewende.

Forderungen der IG Metall:

1. **Ausbauziele bei den Erneuerbaren Energien und der Wasserstoffwirtschaft nicht nur an Zielzahlen ausrichten, sondern an realistischen Umsetzungspfaden.**
2. **Vor allem ambitionierter Netzausbau, der die Strommengen verteilen kann – Netzausbaukosten dürfen nicht auf den Strompreis umgelegt werden.**
3. **Industriestrompreis für energie- und handelsintensive Unternehmen von 5 ct/kWh.**
4. **Schneller Ausbau Wasserstoffwirtschaft, auch mit blauem Wasserstoff.**

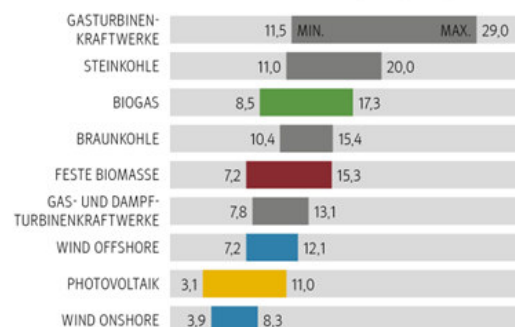
Erneuerbare Energien sind der Schlüssel

Egal ob Industrieprozesse, Verkehr oder die Wärmeversorgung in den Gebäuden: unsere Wirtschaft kann nur klimaneutral werden, wenn wir sie auf **strom- und wasserstoffbasierte Verfahren** umstellen und diese konsequent mit Grünstrom versorgen. Das ist nicht nur Ziel der Bundesregierung und der EU, auch die USA und China investieren in erneuerbare Energien, denn: die Nachfrage nach grünem Strom wird in den nächsten Jahren stark zunehmen.

Derzeit produziert Deutschland fast 60 % des Stroms aus Wind-, Solar- und Wasserkraft. Bis 2030 sollen es 80 % sein. Auch die Umstellung etwa der Stahlproduktion auf wasserstoffbasierte Direktreduktionsverfahren braucht grünen Wasserstoff. Allein ThyssenKrupp wird im Duisburger Werk langfristig **720.000 Tonnen grünen Wasserstoff** im Jahr verbrauchen. Das Unternehmen hat **1 Milliarde Euro** in die Umstellung des ersten Teils ihres Werkes dafür investiert, 2 Milliarden Euro kommen zusätzlich vom Staat.

ERNEUERBARE ENERGIE OFT GÜNSTIGER ALS KONVENTIONELLE

Stromgestehungskosten für erneuerbare Energien und konventionelle Kraftwerke in Deutschland 2021 (in Cent/kWh)*



* Kosten der Energieumwandlung in elektrischen Strom
Quelle: Fraunhofer-Istitut für Solare Energiesysteme ISE

Erneuerbare langfristig günstiger

Das zeigt: **die Grundrichtung der Energiewende ist entschieden und von wichtigen Teilen der Industrie angenommen.** Das hat einen wichtigen Grund: Die reinen Produktionskosten (sog. Gestehungskosten) von Strom über Wind- und Solarkraft sind geringer als die von Kohle, Öl und Gas. Über den CO2 Preis wird versucht, ein Teil der Kosten durch Klimaschäden in die Verwendung von fossilen Brennstoffen einzupreisen. Die Entwicklung des Deutschen und Europäischen CO2 Preises macht klar: **diese Brennstoffe haben keine Zukunft.** Auch Atomkraft kann bei Erneuerbaren Energien nur mithalten, wenn die Endlagerkosten nicht einberechnet werden.

Der Netzausbau

Aber die Grünstromproduktion hat einen Haken: da sie dezentraler erzeugt wird als mit großen fossilen Kraftwerken in der alten Energiewelt, braucht es einen stärkeren Netzausbau. Der kostet – aber einmalig. Diese Investitionen müssen als Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge finanziert werden. Eine öffentliche Trägerschaft empfiehlt sich, weil Geschäftsmodelle im Bereich natürlicher Monopole (Infrastruktur) wenig Sinn ergeben. Die Finanzierung der Netzausbaukosten aus Steuermitteln wäre ein wichtiger Schritt Richtung international wettbewerbsfähiger Energiepreise. Für eine sofort notwendige und dauerhafte Entlastung im Bereich der Energieintensiven Industrien ist aber wichtig: ein fester und langfristig abgesicherter **Industriestrompreis von 5 ct/kWh für energie- und handelsintensive Unternehmen.**

Die Welt schläft nicht

Egal ob das milliardenschwere Investitionsprogramm der USA ‚Inflation Reduction Act‘ oder die Investitionen der chinesischen Regierung: der Ausbau der Erneuerbaren Energien steht im Zentrum der Investitionsvorhaben. China installiert derzeit knapp 35 % des weltweiten Erneuerbaren Energien Zubaus, USA fast 10 %, Deutschland knapp über 3 %. China hatte Ende 2023 eine installierte Leistung von 404 GW Windkraft (Deutschland 61 GW Onshore, 8 GW Offshore) und 536 GW Solar (Deutschland 82 GW). Damit erzeugte China allein im März 2024 100 TWh Strom, knapp ein Fünftel des Stroms, den Deutschland mit allen Anlagen zusammen das gesamte Jahr erzeugt.

Auch wenn sich diese Unterschiede durch eine Pro-Kopf-Rechnung relativieren: **die Energiewende ist kein isoliertes Projekt der Bundesregierung oder der EU.** Und China ist der Leitmarkt in vielen Bereichen der neuen Transformationstechnologien. Wenn die Umstellung der Energieversorgung hierzulande nicht nur das Klima schützen, sondern auch Wertschöpfung und Arbeitsplätze sichern und so die gesellschaftliche Akzeptanz gestärkt werden soll, dann müssen Berlin und Brüssel schleunigst damit anfangen, diese Industrien zu fördern. Eine Absage der Energiewende, wie sie manche fordern, ist eine **fossile Sackgasse** in eine international isolierte Energiepolitik mit fatalen Folgen für die Menschen, die Industriebeschäftigung und das Klima.



11 PUNKTE - WER FACHKRÄFTE WILL, MUSS AUF GUTE ARBEIT SETZEN

Das Fachkräfte-Paradox

Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografie verändern die Arbeitswelt grundlegend. Es kommt zu umfangreichen Verschiebungen innerhalb und zwischen Branchen, Betrieben und Tätigkeiten. In diesem Zuge kommt es auch zu Fachkräfteengpässen. Diese betreffen nicht den gesamten Arbeitsmarkt, jedoch viele wichtige Bereiche (z.B. Pflege, Handwerk), von denen einige auch [die Branchen der IG Metall betreffen](#). Insbesondere werden **Fachkräfteengpässe für Berufe ausgemacht, die für den sozial-ökologischen Umbau relevant** sind. [Prognosen](#) für Fachkräftelücken in diesen Bereichen gehen in Hunderttausende. Gleichzeitig findet gerade auch in den Bereichen der IG Metall Beschäftigungsabbau statt. Die Lage ist geradezu **paradox: Fachkräftesicherung und Beschäftigungsabbau finden parallel** und zum Teil innerhalb eines Betriebes statt.

Qualifizierung und Umfeld entscheidet

Neue Arbeitsplätze entstehen allerdings oftmals in Bereichen mit Qualifikationsanforderungen, die nicht ohne weiteres bei Beschäftigten vorhanden sind, deren Arbeitsplätze abgebaut werden. Zudem werden im Zuge des sozial-ökologischen Umbaus Fachkräfte aus ähnlichen Berufsgruppen benötigt werden. Fehlende Handwerker*innen im Bereich Heizungsinstallation oder Monteur*innen für Windräder und Solaranlagen drohen damit zum **Flaschenhals für die Energie- und Wärme-wende** zu werden.

Hinzu kommt, dass es weiterhin viele Arbeitssuchende gibt sowie viele Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden und viele Frauen, die gerne ihre Arbeitszeit

erhöhen würden, dies aufgrund mangelnder Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder Weigerung des Arbeitgebers nicht können. Schon diese grobe Draufsicht zeigt: Die Lage ist komplex. Eine Perspektive, die die Fachkräftefrage auf einen quantitativen Mangel an Menschen beschränkt, hilft hier nicht weiter. Ebenso wenig allzu einfache Antworten.

Forderungen der IG Metall:

- 1. Umfassende Investitionen in Aus- und Weiterbildung: Arbeitgeber müssen wieder mehr ausbilden und gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen bieten. Ebenso müssen sie sich stärker für die Weiterbildung ihrer Belegschaften engagieren.**
- 2. Mit guter Arbeit und mehr Tarifbindung Fachkräfte sichern: Gute Arbeitsbedingungen und Tarifverträge helfen nachweislich gegen Fach- und Arbeitskräftemangel. Insbesondere das Handwerk braucht, um für Fachkräfte attraktiv zu sein, Rahmenbedingungen für eine deutliche Stärkung der Tarifbindung und mehr Mitbestimmung.**
- 3. Vorhandene Erwerbspotenziale heben: mit altersgerechten Arbeitsbedingungen, familienfreundlichen Arbeitszeiten, guter Kinderbetreuung und Unterstützung für Beschäftigte mit pflegebedürftigen Angehörigen.**

Vielschichtige Lösungen

Zu den bestehenden Fachkräftengpässen haben die Arbeitgeber durch fehlende Aus- und Weiterbildung sowie schlechte Arbeitsbedingungen mit beigetragen. Nun wollen einige von ihnen die Fachkräftefrage auf eine Weise lösen, die sie nichts kostet – weder Geld, Zeit noch sonst irgendwelche Anstrengungen. Vielmehr [nutzen sie die Debatte](#), um altbekannte Forderungen stark zu machen, deren Preis allein die Beschäftigten zahlen. Sinnbildlich dafür steht die Forderung nach einer **Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit**. Das sind keine solidarischen, zukunftsweisenden Antworten. Was es braucht, sind gute Arbeitsbedingungen und Löhne, Tarifverträge, Arbeitszeiten, die zum Leben passen, und Investitionen der Arbeitgeber in die Qualifikationen ihrer Beschäftigten und des Nachwuchses. Und auch die Politik ist gefragt, die Beschäftigungs- und Fachkräftesicherung zu unterstützen.

Mythos: Wir brauchen „mehr Bock auf Arbeit“.

[Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden](#), Frauen, die aufgrund familienunfreundlicher Arbeitszeiten ihre Arbeitszeit reduzieren, weil es zu wenig Kita-Plätze gibt, Zugewanderte, die arbeiten wollen aber es nicht können, weil es kein Geld für Sprachkurse gibt oder ihr Berufsabschluss nicht anerkannt wird: viele Menschen wollen (mehr) arbeiten, können es aber nicht, weil ihnen Hürden in den Weg gelegt werden. **Es braucht nicht „mehr Bock auf Arbeit“, sondern weniger Hürden.**

Mythos: Wir müssen länger arbeiten, um den Fachkräftemangel auszugleichen.

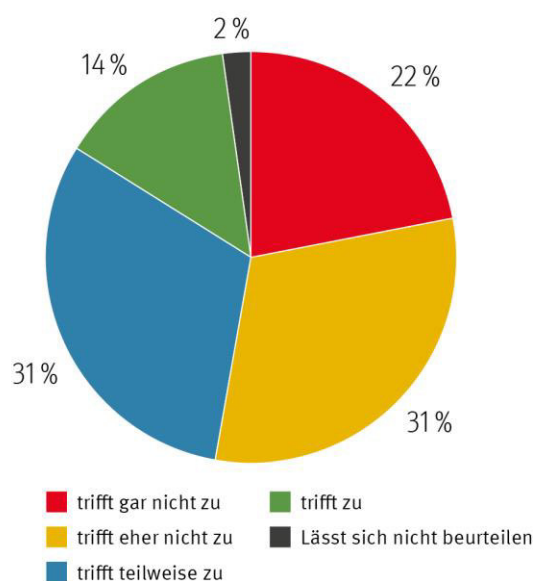
Die Forderung nach längeren Arbeitszeiten und einem späteren Renteneintritt sind Dauerbrenner des Arbeitgeberlagers, die zu jedem beliebigen Anlass hervorgezaubert wird. Fakt ist, dass in Deutschland heute schon länger gearbeitet wird – 2023 z.B. in Form von **1,3 Milliarden Überstunden**, von denen weniger als die Hälfte bezahlt wurde! Ein höheres Renteneintrittsalter ist für die meisten Beschäftigten gar nicht erreichbar, sie müssten vor-

zeitig mit Abschlägen in Rente gehen, sodass sich hier nicht mehr als die Forderung einer Rentenkürzung durch die Hintertür versteckt.

Mythos: Es wird genug in Qualifizierung investiert.

Neue Arbeitsplätze entstehen v.a. im Bereich höherer Qualifikationen, die nicht unbedingt bei denen vorhanden sind, deren Arbeitsplätze jetzt abgebaut werden, so dass es in den kommenden Jahren vor allem darum gehen wird, **beruflichen Passungsproblemen mit vorausschauender Qualifizierung zu begegnen** – etwas, das der Großteil der Unternehmen bisher nicht systematisch tut (siehe Grafik). Hier sind die Unternehmen aber auch die Politik gefordert, Weiterbildung stärker zu fördern und einfacher nutzbar zu machen.

DER QUALIFIZIERUNGSBEDARF WIRD SYSTEMATISCH ERMITTELT



Es führt kein Weg dran vorbei. Wer Fachkräfte will, muss investieren: in Weiterbildung, gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen.



11 PUNKTE – ARBEIT UND AUSBILDUNG IN DER REGION STÄRKEN

Transformation findet in den Regionen statt

Ob Unternehmensverlagerung oder umgekehrt neue Ansiedlungen: immer finden Entwicklungen industrieller Beschäftigung in einem **regionalen Kontext** statt, **der politisch gestaltet und gesteuert werden muss**. Vom Zulieferer in engem regionalen Austausch mit seinem Kunden bis zum Bäcker, der von der industriellen Wertschöpfung der Region lebt, regionale Strukturpolitik nimmt die Auswirkungen von Veränderungsprozessen **über den Betrieb hinaus** in den Blick. Die IG Metall geht dieses Thema bewusst an, denn wir wollen nicht, dass Menschen den Jobs hinterherziehen müssen. Wir fordern eine Zukunft für alle Regionen in Deutschland. Hier leben und arbeiten die Menschen. Hier sind sie mit ihren Familien zu Hause, haben Freundinnen und Freunde, ein Vereinsleben.

Deshalb engagiert sich die IG Metall vor Ort, in den Regionen, etwa in **regionalen Transformationsnetzwer-**

Forderungen der IG Metall:

1. Verstärkung der Regionalen Transformationsnetzwerke und der Weiterbildungsmentoren.
2. Passgenaue Förderpolitik für regional spezifische Erfordernisse über Einbeziehung und Mitgestaltung durch betriebliche Mitbestimmung und Tarifpartner.
3. Zielstellung der Förderung über F&E und Leuchtturm-Logik hinaus – Skalierung der Produktion in den Blick nehmen.

ken und Weiterbildungsverbänden. Mit betrieblichen Weiterbildungsmentor*innen unterstützen wir unsere Kolleginnen und Kollegen zudem ganz konkret. Wir kämpfen darum, die Beschäftigung am Standort zu sichern. Wo es keine Perspektive im Betrieb gibt, arbeiten wir an Lösungen in der Region.

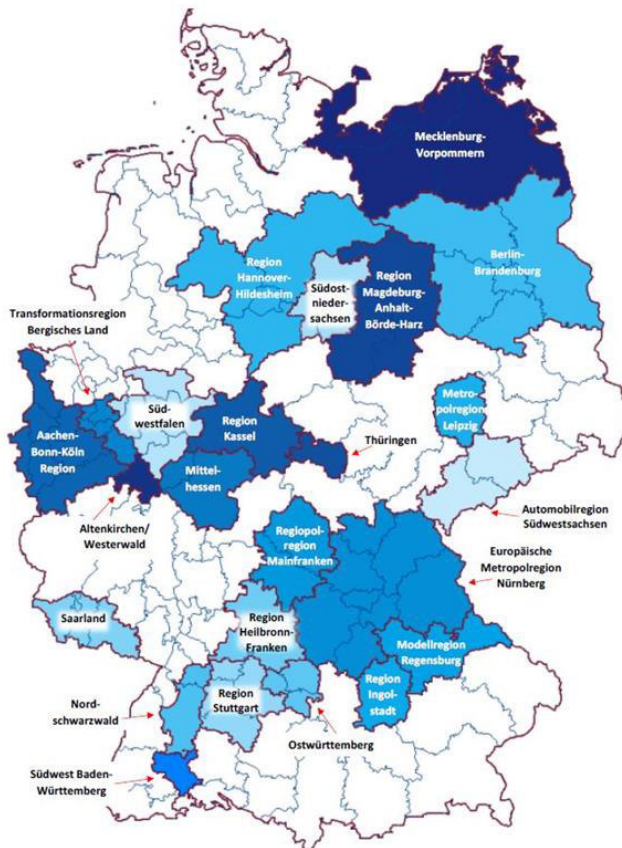
Die IG Metall hat folgende Handlungsfelder:

Akute Krisenbewältigung: nach Corona, gestörten Lieferketten, Ukrainekrieg und Energiepreisexplosion mehren sich konkrete Unternehmensverlagerungen. Oft gibt es in der Region mögliche Alternativbeschäftigung. Hier gilt es gute und faire Übergänge zu gestalten, dass **Beschäftigte nahtlos von einem Beschäftigungsverhältnis in ein anderes wechseln** können – sei es von einem Betrieb in einen anderen oder auch innerhalb eines Konzerns oder Unternehmensverbundes. Auf diese Weise können zukunftsfeste Jobperspektiven für Beschäftigte geschaffen und zugleich ein Beitrag zur Fachkräftesicherung geleistet werden. Entsprechend gilt es innovative Ansätze für einen solchen **Job-to-Job-Wechsel** zu prüfen, den **beruflichen Spurwechsel zu erleichtern sowie Beratungsangebote auch für Betriebsräte** auszubauen.

Darüber hinaus muss Strukturwandel aber proaktiv angegangen werden. Besonders im **KMU-Bereich** ist die Eigenkapitaldecke oft gering. Damit fehlen liquide Mittel, um umfassend in neue Produkte und Prozesse zu investieren oder neue Geschäftsmodelle zu erarbeiten. Wichtig ist aber nicht nur die **Verfügbarkeit** ausreichender staatlicher Investitionshilfen, sondern auch die **Zugänglichkeit**. Mittel müssen für nachholende Regionen

Faktenblatt

(vor allem Ostdeutschland), aber auch Bestandsregionen (Westdeutschland) zur Verfügung gestellt werden.



Wichtig ist, dass sich die Unterstützung **nicht nur** auf **Leuchtturmprojekte**, F&E-Aktivitäten und Start-ups bezieht, sondern die industrielle Fertigung adressiert.

Strukturpolitik muss Kurs halten in der Transformation. Der Zick-Zack-Kurs (siehe Faktenblatt 6) vom Verbrenner-Aus-Ausstieg bis zur Wiederbeatmung der Atomkraft mit fragwürdigen Argumenten (siehe Faktenblatt 7) verunsichert Investoren, BürgerInnen und Beschäftigte.

Eine erfolgreiche regionale Strukturpolitik trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Die regional unterschiedlichen Wahlergebnisse zeigen nicht nur verschiedene politische Kulturen in den Regionen, sondern auch andere industrielle Strukturen, denen die Politik mit Augenmaß begegnen muss: **Gießkane hilft nicht weiter**. Industrielle Großbetriebsstrukturen müssen anders unterstützt werden als ehemals hoch industriell geprägte, aber im Rückgang befindliche Strukturen

oder gering industriell geprägte Regionen, die Mega-Ansiedlungen auf der grünen Wiese erleben.

Das Ziel der IG Metall ist, Investitionsunterstützungen mit **betriebs- und tarifpolitischen Aktivitäten** der KollegInnen vor Ort passgenau zu gestalten, um die Mittel höchstmöglich effizient für den Erhalt der industriellen Beschäftigung in der Region anzuwenden. Betriebsräte, Vertrauensleute und die IG Metall vor Ort spielen eine Schlüsselrolle, um das **Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse** zu erreichen.

Zur Unterstützung der IG Metall vor Ort wurde das [Regio Screening Tool](#) entwickelt, mit dem Geschäftsstellen und Betriebsräte in verschiedenen Modulen die regionale Struktur, die wichtigen Stakeholder, den Stand der Transformation in den Betrieben analysieren und mit dem sie in einen beteiligungsorientierten Austauschprozess über die Handlungsmöglichkeiten und Erfordernisse vor Ort eintreten können.

Die 25 regionalen Transformationsnetzwerke der IG Metall



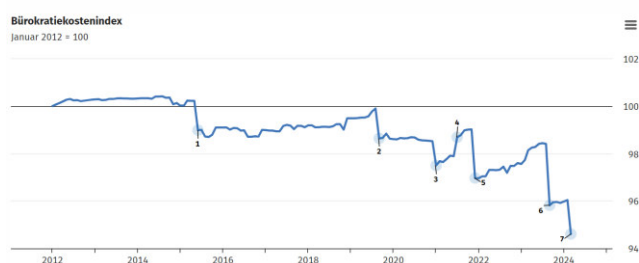
11 PUNKTE - WENIGER BÜROKRATIE – ABER RICHTIG

Giffliste der Arbeitgeber – kein Wachstumsimpuls

Unter der wohlklingenden Überschrift Bürokratieabbau verstecken Arbeitgeber, Unternehmensverbände und politische Parteien wie die FDP derzeit wieder ihre übliche Giffliste: Das **Arbeitszeitgesetz** soll **gelockert** werden, noch mehr **Überstunden** „für Wachstum sorgen“. Außerdem hängt sich die Diskussion häufig ausgerechnet am **Lieferkettengesetz** auf: einem Gesetz, das einen erheblichen Fortschritt für soziale und ökologische Nachhaltigkeit entlang der Wertschöpfungskette ermöglichen könnte – und obendrein derzeit und absehbar viele Ausnahmen bereithält, um etwa kleine und mittlere Unternehmen von den Berichtspflichten auszunehmen. Warum und in welchem Umfang solche Vorstöße für Bürokratieabbau das Wachstum der deutschen Wirtschaft stimulieren sollen, bleibt unklar.

Was ist eigentlich der aktuelle Stand?

Mit den jüngsten Bürokratieentlastungsgesetzen sollen Bürokratiekosten deutlich gesenkt werden.



Bei einer Befragung von 57 Verbänden bis Februar 2023 haben sich auch die **Gewerkschaften mit verschiedenen Vorschlägen eingebracht** – von der Vereinfachung

bei der Beantragung von Reha-Maßnahmen bis zur Automatisierung des Informationsaustausches zwischen Finanzämtern und Rentenversicherungsträgern. **Gemeinsam mit dem BDI hat die IG Metall** u.a. angeregt, dass Behörden bei **Genehmigungsverfahren** innerhalb bestimmter Fristen **verpflichtet** sind, zu prüfen, ob alle notwendigen Unterlagen eingereicht wurden oder ob noch etwas fehlt. Das aktuelle Bürokratieentlastungsgesetz IV ist derzeit noch im parlamentarischen Verfahren.

Wo der Schuh wirklich drückt

Unsinnige Vorschriften etwa bei Transportgenehmigungen sind so zahlreich wie teilweise kurios. Klar ist: Bürokratische Hemmnisse sollten **vor allem bei Infrastrukturprojekten** wirksam abgebaut und abgeschafft werden. Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau von Energie- und Datennetzen. Und die Genehmigung für den Bau einer neuen Fertigungshalle darf sich nicht über Jahre ziehen. Die Bundesregierung hat bereits einige wichtige Vorhaben zur Verfahrensbeschleunigung auf den Weg gebracht, z.B. die Erhöhung der Flächenverfügbarkeit für den Ausbau der Windenergie oder die einfachere Genehmigung für das Repowering alter Windparks. In den nächsten Monaten und Jahren geht es um die rasche Umsetzung eines breiten Maßnahmenbündels für **mehr Tempo** bei Planung und Genehmigung – **ohne Umweltschutz oder Bürger*innenbeteiligung zu vernachlässigen**. Verfahrensstraffungen über **Standardabsenkungen** oder eine reduzierte Öffentlichkeitsbeteiligung haben die Gewerkschaften in Vergangenheit in Einklang mit den Umweltverbänden **kritisiert**.

Was die IG Metall fordert

Aus Gewerkschaftsperspektive erforderlich ist:

► **bessere Personalausstattung:**

Ohne deutlich mehr Personal bei Behörden (und Verwaltungsgerichten) bleiben alle „Deutschland-Pakte“ und „Wachstumsinitiativen“ zahnlose Tiger. Sparmaßnahmen und Konsolidierungspolitik in der öffentlichen Verwaltung haben in den vergangenen Jahren zu einem Abbau wichtiger personeller Kapazitäten bei der Planung und Genehmigung geführt. Die verantwortlichen Behörden in den Ländern und Gemeinden sollten auch durch externe Projektmanager*innen und behördenübergreifende Pools von Expert*innen mit (Groß-)Projekterfahrung nach Bedarf flexibel unterstützt werden. Denn auch bei strafferen Prozessen wird die Verfahrenszahl stark zunehmen. Der BDI schätzt, dass sich die Zahl der Genehmigungsverfahren aus der Industrie in den nächsten Jahren mindestens verdoppeln wird.

► **Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung:** Bisher analoge Verwaltungsverfahren sollten zügig und umfassend digitalisiert und die Behörden angemessen mit modernster IT ausgestattet werden. Statt stapelweise Aktenordner braucht es endlich einheitliche Zugangsportale und Software-Schnittstellen zu den Behörden. Unterlagen müssen digital eingereicht werden können. Auch sollten Umwelt- und artenschutzrelevante Untersuchungen und Entscheidungen nicht für jedes einzelne Verfahren neu durchgeführt werden müssen.

► Darüber hinaus braucht es u.a. eine **Reduzierung von Verfahrenseffizienzen** (z.B. durch Streichung von Doppel- und Mehrfachprüfungen) sowie **von Rechtsunsicherheiten** (z.B. Rahmensetzung für eine einfachere und stärker standardisierte Umsetzung von EU-Umweltrecht). Eine verbindliche, möglichst frühe, der konkreten Planung vorgeschaltete und Alternativen berücksichtigende Öffentlichkeitsbeteiligung kann mögliche Bedenken von Bürger*innen und Zivilgesellschaft adressieren und aufgreifen.

Zusammen mit weiteren, projektbegleitenden, auch digitalen Dialogformaten kann das die Veranlassung, Rechtsmittel einzulegen, reduzieren und einen eskalierenden, teuren Verzögerungsprozess vor Gericht vermeiden.

Was hingegen nicht zielführend ist:

► Vorschläge für einen verschärfteren Klageausschuss für Bürger und Verbände (materielle Präklusion) oder einer Streichung von Beteiligungsterminen. Das widerspricht – unabhängig von teils auch stark begründeten juristischen Zweifeln – eindeutig dem beteiligungsorientierten Demokratieverständnis der Gewerkschaften. Forderungen nach Einschränkungen von Klageoptionen richten sich in der Regel gegen angeblich unverhältnismäßig „klagefreundliche“ Umweltverbände. Tatsächlich klagen die Umweltverbände insgesamt jedoch selten gegen Infrastrukturprojekte.

Die Kernforderungen der IG Metall:

- **ausreichend Personal an den richtigen Stellen**
- **Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung**
- **Streichung von Doppel- und Mehrfachprüfungen**

Alle Ebenen müssen dabei in den Blick genommen werden: der Bund, die Länder, die Kommunen. Regeln und Zuständigkeiten müssen besser aufeinander abgestellt werden.



11 PUNKTE - FÜR EINEN STARKEN UND ZUKUNFTSFESTEN SOZIALSTAAT!

Sozialstaat unter Druck

Der Sozialstaat ist ein wichtiger gesellschaftlicher Stabilitäts- und Sicherheitsanker – gerade auch in Zeiten ökonomischer, ökologischer und sozialer Umbrüche. **Der Sozialstaat ist mehr wert als er kostet.** Er sorgt für Sicherheit im Wandel. Er stärkt die Demokratie, indem er gesellschaftliche Solidarität organisiert, die Würde und Anerkennung eines jeden Einzelnen sichert und soziale Innovationen fördert.

Trotz seiner unbestreitbaren Leistungsfähigkeit hat der Sozialstaat in den letzten Jahren auch seine Schwächen gezeigt. Es gibt eine Reihe von unübersehbaren **Baustellen und Problemen**, die längst im Alltag der Menschen angekommen sind. Hierzu zählen Schutzlücken und die Unterfinanzierung der Sozialversicherungssysteme; die Verlagerung der Kosten weg von den Arbeitgebern hin zu den Beschäftigten und die Privatisierung von Kosten; Unzulänglichkeiten in der Anpassung an gesellschaftliche Realitäten (z.B. bei der Pflege); oder eine chronisch unterfinanzierte und unterausgestattete öffentliche Daseinsvorsorge (z. B. Kitas oder Krankenhäuser).

Die Folge ist, dass Enttäuschung und Wut der Menschen auch in Bezug auf nicht eingelöste soziale Sicherungsversprechen wachsen und der **Rückhalt für den Sozialstaat zunehmend gefährdet** ist. Diese Entwicklung bereitet den Nährboden für zwei unterschiedliche Arten einer radikalen Sozialstaatskritik:

- ▶ Aus Sicht von **neoliberalen Marktideologen** ist der Sozialstaat zu aufgebläht, leistungsfeindlich und nicht mehr finanzierbar.
- ▶ Aus Sicht **rechter Populisten** müssen seine Leistungen beschränkt werden, um angeblichen Sozialmissbrauch durch Zuwanderung zu verhindern.

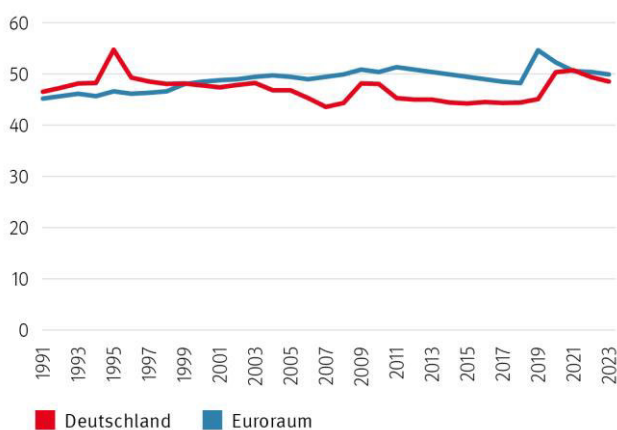
Beide Formen der Sozialstaatskritik zielen nicht auf eine solidarische Neuausrichtung des Sozialstaates ab, sondern haben das Potential, sozialstaatliche Errungenschaften ernsthaft zu gefährden, Sozialabbau zu legitimieren und den notwendigen sozialstaatlichen Wandel sowie flankierende Ansätze der sozialen Absicherung in der Transformation zu verhindern. Sind sie erfolgreich, **droht der Abbau sozialer Sicherheit mit gravierenden Folgen für unsere Mitglieder**, das gesellschaftliche Zusammenleben und die Demokratie.

Ein solidarischer Sozialstaat ist finanzierbar

In der öffentlichen Debatte über die Zukunft des Sozialstaates wird dabei immer wieder der Eindruck erweckt, als seien die Sozialausgaben in den vergangenen Jahren explodiert und der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar. Bundesfinanzminister Christian Lindner hat ein mehrjähriges Moratorium für Sozialausgaben vorgeschlagen. Arbeitgeberverbände und wirtschaftsnahe **Lobbygruppen trommeln bereits seit langem für eine Begrenzung der Sozialausgaben** und eine Deckelung der paritätisch finanzierten Sozialversicherungsbeiträge.

Ein Blick auf die Fakten zeigt, dass die **Sozialausgaben in Deutschland weder im internationalen noch im historischen Vergleich besonders hoch** sind. Die Summe aller Sozialausgaben ist in den letzten 15 Jahren relativ konstant und liegt derzeit bei 30,5%. Die Staatsquote, also alle staatlichen Ausgaben inklusive der staatlichen Sozialleistungen – bewegt sich weitgehend auf dem gleichen Niveau. **Von explodierenden Ausgaben kann also keinesfalls die Rede sein** (siehe Grafik).

STAATSQUOTE IM ZEITVERLAUF, IN % DES BIP



Sozialstaatsoffensive: Der Sozialstaat ist mehr wert!

Als IG Metall werden wir in den anstehenden Auseinandersetzungen um die Zukunft des Sozialstaates deutlich Stellung beziehen, uns entschieden und sichtbar gegen Angriffe auf sozialstaatliche Errungenschaften zur Wehr setzen und unsere eigenen Vorstellungen und Reformideen für einen solidarischen und zukunftsfesten Sozialstaat in die öffentliche Debatte einbringen (siehe Infokasten).

Wir werden weder die **Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren** noch **das Einfrieren aller neuen Sozialleistungen für drei Jahre akzeptieren**.

Sozialstaatsoffensive: Forderungen der IG Metall für einen starken und zukunftsfesten Sozialstaat!

1. **Soziale Flankierung des ökologischen Wandels und Sicherung von Beschäftigungschancen in der Transformation.**
2. **Versicherungsschutz (Bürger- und Erwerbstätigenversicherung) und Verbesserungen sozialstaatlicher Leistungen (Rente, Gesundheitsversorgung, etc.) für alle.**
3. **Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und Investitionen in die soziale Infrastruktur (Kitas, Altenpflege, Schulen, Wohnen, etc.).**
4. **Gerechte Finanzierung des Sozialstaates und faire Aufteilung der Lasten (Steuergerechtigkeit, paritätische Finanzierung, Abschaffung der Schuldenbremse).**

Gerade in Zeiten des Umbruchs brauchen die Menschen Sicherheit. **Zustimmung zum ökologischen Umbau wird es nur geben, wenn Beschäftigte nicht um ihre Arbeit und ihre soziale Absicherung fürchten müssen.** Die Rente muss den Lebensstandard sichern und Altersarmut vermeiden. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss durch Investitionen gestärkt werden. Versorgung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit darf **kein Luxusgut für Reiche** sein. Gerecht ist, wenn starke Schultern gerade in fordernden Zeiten mehr tragen. Konkret: **Spitzenverdiener *innen und Superreiche müssen sich angemessen beteiligen.** Alle sollten in die Sozialversicherung einzahlen. Nur mit einer fairen Lastenteilung stärken wir unsere Demokratie.